



Medienmitteilung

Winterthur, 28. Oktober 2024

3x Nein zur Initiative «Wohnen für alle» in Winterthur und zu den Gegenvorschlägen von Stadtrat und Stadtparlament

Stadtrat und Stadtparlament lehnen die Initiative «Wohnen für alle» in Winterthur ab, die am 24. November 2024 zur Abstimmung kommt. Mit gutem Grund. Die Initiative verspricht mehr günstigen Wohnraum. Doch in Wirklichkeit wird sie die Wohnungsknappheit nicht beheben, sondern Steuerzahler und Wohnungsmarkt zusätzlich belasten. Das Komitee Wohnvielfalt.ch empfiehlt deshalb, Initiative und Gegenvorschläge mit 3x Nein abzulehnen.

Die Forderung der Initiative «Wohnen für alle» nach 25 Prozent gemeinnützigen Wohnungen bis 2040 ist unrealistisch. Jährlich müssten über 400 neue Wohnungen entstehen. Die Zielvorgabe ist nicht erreichbar, da es an verfügbarem Bauland und Objekten für gemeinnützige Wohnbauprojekte fehlt.

Eine gemeinnützige Wohnung kann zudem nur bekommen, wer die Kriterien der Genossenschaften erfüllt. Der Grossteil der Bevölkerung, der ebenfalls bezahlbaren Wohnraum benötigt, geht leer aus. Bei Annahme der Initiative und der Gegenvorschläge wird es noch mehr Vorschriften geben. Dies schreckt private Bauträger ab, und die langwierigen Verfahren verteuern das Bauen. Die Folge davon: Der Bau von vielfältigem Wohnraum für alle Einkommensgruppen wird verlangsamt, statt beschleunigt.

Darüber hinaus würde die staatliche Förderung von gemeinnützigem Wohnraum die Stadtfinanzen massiv belasten. Dies könnte zu Steuererhöhungen führen und wichtige Investitionen in Bildung, Kultur und Sport verhindern. Hinzu kommt, dass günstige Wohnungen tendenziell einkommensschwache Haushalte anziehen, was die Steuerkraft der Stadt weiter schwächt. Winterthur ist heute schon «Entlastungsstadt» für das finanzstarke Zürich. Schon 2023 sank die Steuerkraft in Winterthur, während sie im Kanton stieg.

Es braucht keine neuen Gesetze und Verordnungen. Die Stadt Winterthur fördert Genossenschaftswohnungen schon heute mit der Abgabe von städtischem Land im Baurecht, Vorgaben in Gestaltungsplänen oder Darlehen. Beispielsweise gibt der Gestaltungsplan für die Lokstadt – das ehemalige Industrieareal der Sulzer – vor, dass mindestens 30 Prozent der Wohnflächen für gemeinnütziges und preisgünstiges Wohnen zur Verfügung gestellt werden müssen. Auch private Bauträger schaffen und erhalten günstigen Wohnraum. Sie dürfen nicht benachteiligt werden.

«Statt Planwirtschaft und staatlicher Eingriffe brauchen wir flexible Lösungen, damit «Wohnen für alle» möglich ist», fordert das Komitee Wohnvielfalt.ch. «Mehr Wohnraum soll im Rahmen der laufenden Revision des Richtplans sowie der Bau- und Zonenordnung und durch weniger bürokratische Hürden beim Bauen geschaffen werden.»

Das Komitee Wohnvielfalt.ch spricht sich entschieden gegen die drei Wohnvorlagen aus. Auch der Stadtrat lehnt die Initiative ab. Die Gegenvorschläge von Stadtrat und Stadtparlament lösen die

Probleme auch nicht und werden gegenseitig abgelehnt. 3 x Nein als Chance für eine neue und ideologiefreie Wohnbaupolitik in Winterthur.

Am 24. November 2024 kommen die Volksinitiative «Wohnen für alle», der Gegenvorschlag des Stadtparlaments und der Gegenvorschlag des Stadtrats zur Abstimmung. Das Komitee Wohnvielfalt.ch empfiehlt, alle drei Vorlagen abzulehnen.

Weitere Informationen

www.wohnavielfalt.ch

Dani Romay
kontakt@fdp-romay.ch
079 592 93 98